

Nushası 5 Krutur
ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN
Aylık Türk lirası 1.50 R.M. 5.-
Üç aylık " " 4.25 " 13.-
Altı aylık " " 8.- " 25.-
Bir senelik " " 15.- " 50.-
yahuht mükabılı.
İdarehane
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkipost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

WirtschaftsWoche

Preis der Einzelnummer: 5 Krug
BEZUGSPREISE:
Inland Ausland
für 1 Monat T. Pfd. 1.50 R.M. 5.-
" 3 Monate " 4.25 " 13.-
" 6 Monate " 8.- " 25.-
" 12 Monate " 15.- " 50.-
oder Gegenwert
Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Druckanstalt: Türkipost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5 Jahrgang Nr. 286 Organ der Deutsch-Türkischen Vereinnung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptplatz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien. **Stambul, Freitag, 17. Okt. 1930**

Regierungserklärung im Reichstag.

Berlin, 16. Okt. Bei der heutigen Sitzung des Reichstages verlas Reichkanzler Dr. Brüning die Regierungserklärung. In der Erklärung wird u. a. betont, daß das Wirtschaftsprogramm der Regierung nur die schlimmsten Wirkungen lindern könne und daß durch den Rückgang der Steuereinnahmen, die bis jetzt mehr als 100 Mill. Reichsmark betragen, die Regierung sich entschlossen habe, diesen Fehlbetrag durch eine Auslandsanleihe abdecken zu lassen. Durch die Flucht des Kapitals ins Ausland sei der deutsche Markt nicht in der Lage, diesen Betrag aufzubringen. Nun richtete die Reichsregierung an den Reichstag die Bitte, das gleiche Vertrauen das das Ausland dem deutschen Reich schenke, der Reichsregierung auszusprechen. Die Erklärung fährt dann fort mit dem Hinweis, daß die Durchführung des Wirtschaftsprogramms auch eine Milderung der Arbeitslosigkeit in sich schließe. Das höchste Ziel der deutschen Außen- und Innenpolitik sei die nationale Einheit. Seit der Unterzeichnung des Youngplans habe sich die Wirtschaftslage Deutschlands von Tag zu Tag verschlechtert. Die Voraussetzung einer gesunden Außenpolitik aber bleibe, erst Ordnung im eigenen Hause zu machen. Mit dem Hinweis, daß die deutsche Jugend sich gegenüber den Siegermächten betrogen fühle und, da die durch die Verträge vorgeschriebene allgemeine Abrüstung nur von Deutschland allein erfüllt worden sei, während auf der anderen Seite noch keine Neigung dazu bestehe, sei es eine Pflicht, die deutsche Wehrmacht zu stärken und sie frei von allen schädlichen Einflüssen zu halten. Die Regierungserklärung wurde mit großem Beifall von den Regierungsparteien begrüßt, während die Nationalsozialisten und Kommunisten einen Lärm veranstalteten. Heute um 10 Uhr beginnt die Aussprache zur Regierungserklärung.

Aus Deutschland. Der Kampf um die Mehrheit im Reichstag.

Berlin, 16. Okt. Heute wird Reichskanzler Brüning die Regierungserklärung abgeben, in der nach Lage der Dinge sein Wirtschafts- und Finanzprogramm den breitesten Raum einnehmen wird. Am Freitag oder Sonnabend wird dann die Aussprache beginnen, in deren Rahmen auch die Debatte über die inzwischen eingebrachten Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschenationalen und Kommunisten erfolgen soll. Die Abstimmung über diese Anträge wird voraussichtlich erst am Montag nächster Woche stattfinden. Die Absicht des Kanzlers, sein Programm mit der SPD durchzubringen, ist jetzt schon als feststehende Tatsache anzusehen. Wie die Aussichten hierfür sind, ließ man von SPD-Seite in den letzten Tagen wiederholt durchblicken. Wenn auch die Sozialdemokratie grundsätzlich an ihrer Absicht festhält, Verbesserungsanträge einzubringen, und unter keinen Umständen gewillt ist, das Programm als Ganzes zu schlucken, so dürfte der ursprünglich angekündigte Plan, die Aufhebung der Notverordnungen zu fordern, nicht mehr bestehen. Am Sonnabend untersuchte der „Vorwärts“ unter der Überschrift „Was wird werden?“ die Lage und kam zu dem Ergebnis, daß die SPD einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnungen nicht zustimmen wird. Damit dürfte auch gesagt sein, daß die SPD der Regierung Brüning über die Mißtrauensanträge hinweghelfen und ihre Zeit zu dem Versuch geben will, die parlamentarische Erledigung der Notverordnungen und der verschiedenen Vorlagen durchzuführen. — Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist auch ein in der Sonntagsausgabe des gleichen Blattes erscheinender Artikel Otto Brauns, in dem es heißt, „wir müßten heute und morgen auch einmal die Zähne zusammenbeißen und in voller Erkenntnis der aus dem Mißtrauensrecht stammenden Miverantwortung den Mut haben, eine Politik zu treiben, die nicht populär sei und nicht so verlockend wie die Wunschpolitik der Maulhelden.“

Die Problematik des Palästina Mandats.

(Von unserem Berichterstatter.)
I.
Jaffa, Anfang Oktober.
Ueber das Palästina-Mandat ist schon unendlich viel geschrieben worden — zustimmendes und ablehnendes. In der Tat gehört dieses Mandat in die Kategorie jener unheilswangeren, in der Vorverurteilung der unmittelbaren Nachkriegszeit entstandenen Dokumente, in denen allerlei nationale Ansprüche, politische Versprechungen und imperialistische Interessen zu einem absonderlichen Gemisch von Recht und Unrecht gestaltet und festgelegt wurden. Eine unzweideutige und entscheidende Stellungnahme zur Palästinafrage ist für den Unbeteiligten sehr schwierig und — wenn eine solche je erfolgt — fast immer von der Einstellung zu gewissen umstrittenen weltanschaulichen, sittlichen und völkerrechtlichen Idealen abhängig. Das, was das Palästina Mandat von den anderen A-Mandatsunterscheidet, ist die zusätzliche Bestimmung über die Gründung eines jüdischen Nationalheims ohne Benachteiligung der bereits ansässigen Landesbewohner. Völkerrechtlich ist der Begriff eines „Nationalheims“, dessen wahre Bedeutung trotz zahlreicher privater und amtlicher Interpretationsversuche immer noch ziemlich nebelhaft ist, vollständig neu, und beide Parteien, Befürworter und Bekämpfer operieren mit Argumenten, die, rein menschlich und moralisch genommen, durchaus beachtet werden und nahezu gleichwertig sind. Und so kommt es, daß außer den unmittelbaren Interessierten sich nur wenige Kenner der Verhältnisse zu einer klaren persönlichen Stellungnahme zum dem Palästina problem, wie es vor allem durch die moderne zionistische Bewegung geschaffen wurde, durchringen. Wesentlich übersichtlicher und einfacher sieht aber die Palästinafrage aus, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der reinen Realpolitik beleuchtet. Im Lichte dieser Betrachtungsweise erscheint die volle Erfüllung der zionistischen Aspirationen einfach unmöglich und ein hartnäckiges Beharren der Zionisten auf ihren Forderungen dem Frieden und der Ruhe des Landes äußerst gefährlich. Die grossen Unruhen des letzten Jahres sollten ein warnendes Menetekel sein. Die Zionisten versprechen stets, daß sie, mögen ihre Ansprüche moralisch noch so gut begründet sein, den Landesbewohnern als fremde Eindringlinge gelten, die ohne, ja gegen den Willen der eingeborenen Bevölkerung unter dem übermächtigen Schutze einer europäischen Grossmacht, die auch den Arabern gegenüber nicht ohne Verpflichtungen ist, ins Land kommen und die politische Vorherrschaft anstreben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die jüdische Einwanderung dem ganzen Lande, und somit auch der arabischen Bevölkerung, grosse materielle und wirtschaftliche Vorteile gebracht hat. Die palästinensischen Araber sind nicht das einzige Volk im Orient, das sich gegen das zurzeit in seinem Lande bestehende politische System zur Wehr setzt, trotzdem dieses unbestreitbare Vorteile in sich birgt. Von jüdischer Seite wird oft die Behauptung aufgestellt, dass die zionistische Sache viel weiter gediehen wäre, wenn sie von England, das durch die bekannte Balfourdeklaration und das Mandat dazu direkt verpflichtet sei, nachdrücklicher unterstützt worden wäre, eventuell gegen den Willen und offenen Widerstand der Araber. England hätte den Zionisten zum Siege verhelfen können, wenn es ernstlich gewollt hätte. Daran ist sicher viel Wahres. England wollte eben tatsächlich nicht. Und warum? Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst nötig, sich die Entstehung des heutigen Palästina problems und die politische Stellung Englands in Palästina ins Gedächtnis zu rufen. Die Gründe, die England dazu bewogen, schon vor dem Weltkrieg in Sy-

Der Bürgerkrieg in Brasilien.

Die Alarmnachrichten aus Brasilien überstürzen sich. Durch den Übergang Pernambucos zu den Aufständischen sind diese in den Besitz der wichtigsten Radiostationen des Landes gekommen und nun imstande, die Verbindung mit allen ihren Truppen aufrechtzuerhalten. Man muss sich vergegenwärtigen, dass Brasilien nicht ein Land, sondern ein Erdteil von der ungefähren Grösse Europas ist. In Wirklichkeit ist dieser Erdteil noch nicht gänzlich erforscht. Nur seine Umrisse sind leidlich bekannt und können weltwirtschaftlich in Rechnung gestellt werden. Für Brasilien hängt deshalb für die Zukunft alles davon ab, ob es politisch und wirtschaftlich gefestigt als Einheit auftreten kann. Es scheint, dass man dies im Lande selbst erkannt hat, und die diesjährige Präsidentenwahl schien dies bestätigen zu sollen. Selten hat bei einer brasilianischen Präsidentenwahl das wirtschaftliche Programm eine so grosse Rolle gespielt, wie dieses Mal. Die beiden Haupterzzeugnisse des Landes, die auf dem Weltmarkt eine grosse Rolle spielen, Kaffee und Zucker, sind heute Krisen unterworfen, die das gesamte Wirtschaftsleben Brasiliens ins Wanken zu bringen drohen. Die Tatsache, dass man einen Mann, wie Dr. Julio Prestes de Albuquerque, den früheren Präsidenten des Staates Sao Paulo, zum Bundespräsidenten gewählt hatte, reichte in ihrer Bedeutung über die Grenzen Brasiliens hinaus. Dr. Julio Prestes ist ein Mann von 49 Jahren. Schon mit 27 Jahren wurde er als Abgeordneter in die Kammer seines Heimatstaates Sao Paulo gewählt. Er zeichnete sich durch enorme Energie und durch Weitblick aus. Er steht mit beiden Füßen mitten im Leben, und so will er denn auch sein Amt mit einem schärfegezeichneten Programm führen. Dieses Programm bildet in allgemeinen

Wir beginnen morgen mit unserem neuen Roman: Weltrekord

Von Kurt J. Braun.

Zügen den Ausbau dessen, was der bisherige Bundespräsident Dr. Washington Luiz in den letzten drei Jahren bereits geschaffen hat, nämlich: Fortsetzung der Kaffeeverteidigungspolitik, der Überleitung des Kurses in eine regelrechte Goldwährung und Aufnahme einer Goldanleihe. Ferner lehnt sich Julio Prestes gegen die Monokultur des Kaffees auf.

Es ist kein Zweifel, dass Präsident Dr. Julio Prestes und sein Amtsvorgänger Dr. Washington Luiz viele Feinde im Lande besitzen. Es kommt hinzu, dass zwischen den einzelnen Staaten Gegensätze und Differenziale bestehen. Sowohl Washington Luiz als auch Prestes sind Sao Paulaner und haben allmählich eine herrschende Clique von Sao Paulanern um sich gebildet. Es war bisher Sitte, dass die Präsidenten der Zentralregierung nicht zweimal hintereinander an Gouverneure fallen dürfen, die in derselben Provinz „regiert“ hatten. Es bildete sich deshalb schon bei den Präsidentenwahlen eine starke und mächtige Opposition gegen Julio Prestes, der aber vom regierenden Präsidenten gestützt und gefördert wurde. Die Regierung des Dr. Prestes befindet sich in einer doppelten schwierigen Lage, da fast alle Gegenden, aus denen die grossen Städte mit Nahrungsmitteln versehen werden, im Besitz der Revolutionäre sind. In Rio de Janeiro beginnen die Lebensmittel zu mangeln, so dass nach Verhängung des Kriegszustandes die Militärbehörden sich zwingen gesehen haben, alle Lebensmittel mit Beschlag zu legen und zu rationieren. Einesteils, um die Verproviantierung der Armee zu sichern, andernteils aber auch, um einem Preiswucher vorzubeugen, der die Bevölkerung noch mehr wie bisher beunruhigen müsste. Alle Reservisten sind einberufen worden, sodass die Regierung über eine Armee von etwa 400 000 Mann gegen die Aufständischen verfügt. Aber man darf nicht vergessen, dass diese Armee sich zer-

Zur Lage in Indien.

London, 16. Oktober (A.A.) Ein Bericht, der über die allgemeine Lage in der vergangenen Woche von der indischen Regierung aufgestellt wurde, besagt, dass das weitere Anhalten der Verbesserung der allgemeinen Lage fortwähre. Dieser Vorgang sei auch in der Provinz Madras zu verzeichnen wo der zivile Ungehorsam stark nachgelassen habe.

Herbert Samuel Vizekönig von Indien.

London, 16. Oktober (A.A.) Nach dem „Star“ soll Herbert Samuel zum Vizekönig von Indien, als Nachfolger Lord Irwins ausersehen sein.

Die Kämpfe in Brasilien.

Rio de Janeiro, 16. Oktober (A.A.) Von offizieller Seite wird bekanntgegeben, dass die loyalistischen Streitkräfte im Staate Minas Geraes vorgehen. Die Stellung der Bundesstruppen an der Grenze von Sao Paulo und Parana ist unverändert. General Costa im Staate Santa Katharina hält seine Stellung. In mehreren Städten im Staate Rio Grand do Sul wurde die Fahne dieses Staates durch die Nationalfahne ersetzt, was Proteste hervorrief.

Revolution auch auf den Philippinen?

London, 16. Oktober. Einer Meldung des „Observer“ zufolge sind in Washington Berichte eingetroffen, die von einer bevorstehenden Revolution auf den Philippinen sprechen. Dort sei eine Bewegung im Gange, die mit Waffengewalt die Unabhängigkeit wieder gewinnen will. Die revolutionären Bewegungen in Südamerika hätten einen starken Einfluss auf die nationalistischen Gefühle in den Philippinen ausgeübt. Man betrachte in Washington die Vorgänge mit Sorge.

Persische Kunstschatze in London.

London, 16. Oktober. Kisten mit persischen Kunstschatzen sind an Bord eines Dampfers in London eingetroffen. Ihr Wert wird auf etwa 1 Million Pfund geschätzt. Sie sollen auf der persischen Kunstausstellung, die im Januar und Februar nächsten Jahres stattfindet, gezeigt werden. Der Transport war so geheim wie nur irgend möglich gehalten worden. Nur der Kapitän und vier Offiziere des Schiffes wussten von dem Inhalt der Kisten. Eine besondere Polizeibteilung nahm die Schätze in Empfang und bewacht sie bis der Transport in die Königliche Akademie erfolgt.

Auszeichnung Flandins in Belgrad.

Belgrad, 16. Oktober (A.A.) Der französische Handelsminister wurde heute von Marinowitsch empfangen, der ihn mit dem weissen Adlerorden I. Klasse dekorierte.

Doumergue in Marokko.

Casablanca, 16. Oktober (A.A.) Das Geschwader mit dem Präsidenten Doumergue an Bord ist in Casablanca eingetroffen.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.50 Piaster.

Beim Staatspräsidenten.

Der rumänische Gesandte Jewu Carp und der jugoslawische Gesandte Neschtsich sind heute zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben vom Staatspräsidenten in Audienz empfangen worden.

Von den Wahlen in der Provinz.

In Antalia wurde, anlässlich der Stadtwahlen, von der liberalen Partei eine Demonstration veranstaltet. Die meisten Geschäfte hatten geschlossen und ein großer Teil der Bevölkerung nahm an dem Umzug teil. Die Polizei versuchte die Demonstranten zu zerstreuen, aber sie erwies gegenüber der Menschenmenge als zu schwach. Die Demonstranten versuchten das Wilajetgebäude zu stürmen. Truppenverstärkung musste herangezogen werden und schliesslich gelang es die Menge auseinander zu jagen. Im Verlaufe der Operationen wurden 30 Personen verhaftet und 8 Personen erlitten Verletzungen. Unter den Verhafteten befindet sich der Vorsitzende der liberalen Partei, Dr. Burhanettin Bey. Der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Hilmi Bey, erklärte zu den Zwischenfällen folgendes: Auf Anstiftung von einigen Personen hatte ein Teil der Bevölkerung von Antalia versucht, eine Versammlung, entgegen den Bestimmungen des Gesetzes, vor dem Wilajetgebäude abzuhalten. Die Polizeikräfte genühten nicht um dies zu verhindern. Daraufhin maulten militärische Kräfte herangezogen werden, die dann die Ruhe wieder herstellen konnten. Während den Operationen wurden 8 Personen verletzt. Der Vorsitzende der liberalen Partei, Dr. Burhanettin Bey, der die Demonstration veranstaltet hatte, sowie 30 weitere Personen wurden verhaftet.

Der Prozeß gegen Hikmet Bey.

Auf Beschluß des Kassationsgerichts in Eskischeir, wird der Prozeß gegen den früheren Stambulischen Untersuchungsrichter und jetzigen Gerichtspräsidenten in Pandirma, Hikmet Bey, erneut vor den Brüsseler Gerichten durchgeführt werden. Wie bekannt, soll Hikmet Bey im Prozeß gegen Kadriye Hanum über den Gang der Untersuchung dritten Personen gegenüber Angaben gemacht haben.

Zum Prozeß gegen „Son Posta“.

Bei der vorgestern, vor den Smyrnaer Gerichten, stattgefundenen Verhandlung gegen den Hauptschriftleiter der hiesigen Zeitung, „Son Posta“, Selim Ragib Bey, beschloß das Gericht, auf Antrag des Verteidigers des Angeklagten, den Prozeß an die Gerichte in Stambul zu verweisen.

Neuernennung eines stellvertretenden Walis?

Nach Gerüchten soll der bisherige stellvertretende Wali von Stambul, Fush Bey, für den Posten eines Walis ausersehen sein, und der Direktor im Innenministerium, Sahri Bey, soll zum stellvertretenden Wali von Stambul ernannt werden.

Aus der türkischen Presse.

In der „Milliyet“ schreibt Seki Mesrut Bey, daß die Vorstellungen der Balkannationen von einer Balkanföderation nicht dieselben sind, und daß auch auf dem Balkan der Status quo Anhänger sowie Ablehner gefunden hat. An der Spitze der Fraktion der Balkanminderheiten käme in erster Reihe das mazedonische Problem, das nach der Meinung splittern muss, am den Rebellen im Norden und Süden entgegenzutreten zu können. Es ist auch fraglich, ob alle Truppen der Regierung treu bleiben werden. Die Lage in Brasilien ist eine sehr ernste.

Absetzung des Bürgermeisters von Saloniki.

Athen, 16. Oktober (A.A.) Der Ministerrat hat wegen schwerer Vernachlässigung der Amtsgeschäfte in Finanzangelegenheiten den Bürgermeister von Saloniki abgesetzt.

Italien.

Rom, 16. Oktober (A.A.) Das Kabinett hat den Gesetzentwurf der Einführung des 28. Februar, den Tag des Marsches auf Rom, zum Nationalfeiertag vorsieht, angenommen und das Nationalfest am 20. September, den Tag der Einnahme Roms, das seinen Charakter durch die Vatikanverträge verloren habe, abgeschafft. Der 11. Februar, der Tag der Unterzeichnung der Lateranverträge soll den vorgenannten abgeschafften Feiertag ersetzen.

Doumergue in Marokko.

Casablanca, 16. Oktober (A.A.) Das Geschwader mit dem Präsidenten Doumergue an Bord ist in Casablanca eingetroffen.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 50.50 Piaster.